

# Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsdruckerei 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulnitz

**Versteigerung an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Art der Betrieb des Betriebes oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Zahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,00 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Rost's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anwendung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das in Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weiskbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Samstagsblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großschöndorf, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Oberstein, Niederstein, Weiskbach, Ober- und Niederstein, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Förstner & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 37

Donnerstag, den 13. Februar 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Freitag, den 14. Februar 1930, nachm 3 Uhr  
sollen in Pulsnitz, Sammelort der Stele: Sächsischer Hof  
4200 Stück Dachziegel, 300 Dachrinnsteine u. a. m.  
meistbietend gegen Vorzahlung öffentlich versteigert werden.  
Pulsnitz, am 13. Februar 1930. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

**Ankündigungen aller Art**  
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg.

## Die Young-Debatte im Spiegel der Presse.

Die große Aussprache im Reichstag über den Young-Plan oder, wie man ihn jetzt genannt hat, den „Neuen Plan“ findet natürlich in der gesamten Presse des Reiches starken Widerhall. Ueberall kommt die Sorge um die schweren Lasten, die wir mit Unterzeichnung des Young-Plans übernehmen, zum Ausdruck, und es gibt kein Blatt, welches Partei es auch zugehören möge, das dem neuen Plan ein Loblied singt. Die Erläuterungen der Zeitungen und die Kritiken beschränken sich meist auf die beiden großen Reden des ersten Tages, die Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius und die Erklärungen des deutschnationalen Führers, Dr. Hugenberg. Je nach den Beziehungen, die das einzelne Blatt zu den Parteien hat, fällt natürlich diese Kritik verschieden aus.

Die Presse der Sozialdemokraten und der Demokraten erkennt die Ausführungen des Reichsaußenministers an, übt dagegen scharfe Kritik an der Rede Dr. Hugenbergs. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, geht auf die Rede des Ministers Curtius gar nicht ein und beschäftigt sich nur mit den Ausführungen Dr. Hugenbergs, die sehr abfällig betrachtet werden. Ebenso geschieht es in dem „Sozialdemokratischen Pressedienst“, der erklärt, Hugenberg wisse keine andere Außenpolitik, wie Westarp keine gemutet habe. — In der „Vossischen Zeitung“ wird die Rede des Reichsaußenministers besonders beleuchtet und Dr. Curtius als ein „Verwalter des Stresemannschen Erbes“ und „Ein Kämpfer für die Stresemannschen Ideen“ genannt. — Ernst Feder betrachtet im „Berliner Tageblatt“ in erster Linie das Rededuell Curtius-Hugenberg und betont, daß der Reichsaußenminister den Ausführungen Hugenbergs über die Verklauung Deutschlands die Erfolge der Befreiungspolitik entgegengehalten habe, die durch vollständige Räumung des deutschen Bodens in greifbare Nähe gerückt seien. — Der „Berliner Börsen-Courier“ meint, es sei Dr. Curtius gelungen, die Behauptung Dr. Hugenbergs vom politischen und wirtschaftlichen Verfall Deutschlands zu widerlegen und nachzuweisen, daß Deutschland sich aus dem doppelten Zusammenbruch des verlorenen Krieges und der Inflation hochgearbeitet habe. Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, vermischt in der Rede Hugenbergs die Weisung eines besseren Weges deutscher Außenpolitik und deutscher Reparationspolitik. Das Blatt beschäftigt sich mit der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning und weist darauf hin, daß die Ausführungen des Zentrumsvertreters keinen Zweifel darüber lassen, daß eine Einigung der Regierungsparteien im Sinne der vom Zentrum angenommenen Haltung dafür entscheidend sei, ob das Zentrum die schwere Verantwortung für die Verabschiedung des Young-Plans tragen könne. Die „Frankfurter Zeitung“ rückt die Erklärung des Zentrumsabgeordneten in den Vordergrund und betont, daß sich das Zentrum nicht mehr von der Mehrheit der Regierung trenne, daß es sich aber etwas abseits stelle. Nach den Ausführungen des Reichsaußenministers nennt das Blatt den Young-Plan ein schweres Opfer, das dem deutschen Volke zugemutet werde, und dessen Annahme nur durch die härteste Notwendigkeit befürwortet werden könne.

Se weiter die Zeitungen nach rechts neigen, um so ungünstiger wird die Kritik an der Rede des Reichsaußenministers und um so günstiger die Beurteilung der Ausführungen Dr. Hugenbergs. Die dem Reichsaußenminister nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bedauert das „niederdrückende und unnatürliche Schauspiel“, daß zwei hervorragende Vertreter in den grundsätzlichen Fragen der Politik und des Staates so nahe verwandter Parteien, wie der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, im schärfsten Bruderkrieg gegeneinander stünden. Das Blatt meint, daß es sich um einen „völlig unhaltbaren und unmöglichen Zustand“ handle, der „ohne schwere Schädigung der nationalen Interessen nicht mehr lange andauern könne“. — Die „Kölnische Zeitung“, das führende Organ der Partei des Außenministers, weist darauf hin, daß, wer in Deutschland unter dem Druck der Haager Verhandlungen für den Neuen Plan sein Jawort gebe, mit dem Fortschritt der wirtschaftlichen Vernunft der Welt rechne und darauf

## Die schwierigen interfraktionellen Verhandlungen

Unruben bei den Opfwerken — Die Finanzierung der „Roten Fahne“ — Amerikanische Einreiseverweigerung für einen Sowjetvertreter

Berlin, 13. Febr. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich ausführlich mit den interfraktionellen Verhandlungen über die Gestaltung des Haushaltes für das Jahr 1930. Er weist darauf hin, daß vorläufig keine Aussicht für eine schnelle Verständigung über die schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten vorhanden sei. Die wichtigste Streitfrage sei im Augenblick immer noch die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung. Der Vorschlag der Gefahrgemeinschaft sei von allen Parteien abgelehnt worden. Stattdessen werde erörtert, ob man nicht durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung dieser ein hochverzinsliches Wertpapier, dem Reiche aber Geld für die Arbeitslosenversicherung verschaffen könne. Aber selbst diejenigen, die diesen Grundgedanken unter der Voraussetzung erörterten, daß es sich nur um eine einmalige Maßnahme handle und die Leistungen weder der Arbeitslosenversicherung noch der Sozialversicherung angepaßt werden könnten, hätten erhebliche Bedenken, die in den bisherigen Besprechungen nicht hätten aufgeräumt werden können. Man werde diese Bedenken um so mehr begreifen, wenn man berücksichtigt, daß dieser Vorschlag bei der Ungewißheit der Verhältnisse des Arbeitsmarktes unter Umständen ganz anders wirken könne als er gemeint ist. Nach der „Börsenzeitung“ verlautet, daß die Deutsche Volkspartei am Mittwoch eine Herabsetzung der Versicherungsleistungen verlangt hat.

### Der neue amerikanische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den neuernannten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Frederic M. Sackett, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. An dem Empfang nahmen außer der Umgebung des Reichspräsidenten Dr. Curtius sowie Staatssekretär Dr. von Schubert teil.

Der Botschafter hielt eine Ansprache, in der er ausführte: „Die mir gewordenen Weisungen zielen darauf ab, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu mehrern. Ich bitte Euer Exzellenz glauben zu wollen, daß ich mich dieser angenehmen Pflicht voll und ganz widmen werde. Ich komme zu Eurer Exzellenz mit großer Hochachtung für Ihre verehrungswürdige Person, welche die tiefe Vaterlandsliebe verkörpert, die die Grundlage des deutschen Charakters ist. Ich bringe eine tiefe Bewunderung für die großen Leistungen mit, die das deutsche Volk vollbracht hat.“

Reichspräsident v. Hindenburg erklärte in seiner Erwiderung: „Ich begrüße es lebhaft, Herr Botschafter, daß Sie es als Ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die alten und guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika in jeder Weise zu fördern und daran zu arbeiten, daß beide Länder einander immer besser verstehen lernen. Ihre warme Anerkennung dessen, was deutsche Kraft und deutscher Fleiß unter den schwierigsten Umständen geleistet haben, wird in Deutschland überall sympathisch aufgenommen werden.“

### Ein Unterausschuß für die Finanzreform eingesetzt.

Die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien hielten am Mittwoch eine Sitzung im Beisein des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer ab. Man kam zu dem Entschluß, einen Unterausschuß einzusetzen, der zunächst den Etat durchflämmen soll. In der Frage der Arbeitslosenversicherung einigte man sich nicht. Die Sozialdemokraten

lehnen den Plan, die Vorzugsaktien der Reichsbahn zu veräußern, nach wie vor ab und verlangen die schon immer von ihnen geforderte Erhöhung der Beiträge.

Die im Etat 1930/31 notwendigen Kosten für die Arbeitslosenversicherung beziffern sich jetzt auf 350 Millionen, während der Reichsarbeitsminister nur 250 Millionen angesehen hatte. Eine Beitragserhöhung würde bei weitem die für die Arbeitslosenversicherung notwendigen Mittel nicht aufbringen.

Der Unterausschuß soll am Donnerstag abend dem Interfraktionellen Ausschuß Bericht erstatten. Es handelt sich in erster Linie um die Frage, ob die 154 Millionen, die als Defizit aus dem Etat von 1928 noch vorhanden sind, in den neuen Etat übernommen werden sollen, oder ob man vorläufig auf die Deckung dieses Defizits verzichten will.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien hat

### die Frage des Panzerkreuzers B

eine große Rolle gespielt. Die Sozialdemokraten haben ganz entschieden gegen irgendwelche Mittel für den Panzerkreuzer B Stellung genommen und es auch abgelehnt, daß eine sogenannte Anerkennungsgebühr für den Panzerkreuzer B in den Etat aufgenommen werde. Es verlautet jetzt, daß das Kabinett auf jede Summe für den Panzerkreuzer B verzichtet hat, so daß Mittel für den Panzerkreuzer in den Etat überhaupt nicht vorgesehen sind.

### 2,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger.

Die Arbeitslosigkeit hat auch in der Berichtswoche ihren winterlichen Höhepunkt noch nicht überschritten. Die Kurve der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist in der Zeit vom 3. bis 8. Februar noch um 50 000 angestiegen; sie liegt nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter am 6. Februar dicht an 2 260 000. Zu dieser Zahl unterstützter Arbeitsloser kommen noch rund 250 000 Krisenunterstützte, so daß rund 2,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Februarwoche den deutschen Arbeitsmarkt belasteten.

### Die Finanzierung der „Roten Fahne“

Berlin, 13. Febr. Der „Vorwärts“ schreibt: „Wir sind in der Lage, die Abhängigkeit des Zentralorgans der kommunistischen Partei, der „Roten Fahne“, zahlenmäßig zu beweisen. Die Gesamtauflage der „Roten Fahne“ beträgt 25 000 Exemplare. Von dieser Gesamtauflage werden 5000 Stück von der russischen Botschaft und Handelsvertretung in Berlin bezogen. Genau 25% der Gesamtauflage des kommunistischen Zentralorgans sind also von den Moskauer Auftraggebern abonniert. Die „Rote Fahne“ ist ein von der Sowjet-Botschaft in Berlin subventioniertes Blatt.“

### Amerikanische Einreiseverweigerung für einen Sowjet-Vertreter

Romno, 13. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die amerikanische Regierung dem stellvertretenden Verkehrsminister der Sowjet-Union, Sulimow, der im Auftrage der Sowjet-Regierung in New York Bestellungen für die russischen Eisenbahnen machen sollte, die Einreise verweigert. Sulimow, der sich gegenwärtig in Berlin befindet, wird nach Moskau zurückkehren. Die Sowjet-Regierung wird versuchen, auf diplomatischem Wege die Einreiseerlaubnis von Washington zu erhalten. Die Gründe für die Verweigerung der Einreise sind bisher noch nicht bekannt.

